

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

1 (1.1.1926) Sonderbeilage. 1925 im Leben der Völker



Wien: Der Stephansdom.

1925 im Leben des Volkes



London: Das Parlamentsgebäude.

SONDER-BEILAGE ZUM KARLSRUHER TAGBLATT VOM 1. JANUAR 1926.

Der Jahreswechsel hat uns veranlaßt, unsere Mitarbeiter im Auslande zu bitten, uns ein kurzes Bild über die wirtschaftspolitische Lage der von ihnen besuchten Länder zu geben. Durch die Zusammenstellung dieser Berichte erhalten unsere Leser einen Ueberblick über die Verhältnisse und Stimmung draußen im Weltgeschehen, Sie werden dadurch Ursache und Wirkung auch bei uns daheim in Zusammenhang bringen und sich ein vergleichendes Urteil über den Stand der Weltwirtschaft und Weltwirtschaft bilden können. Gerade die Verschiedenartigkeit der Auffassung unserer Vertreter über die Wechselbeziehungen der Länder wirkt dabei vergleichend und belehrend. Wir sehen, daß es im allgemeinen den Staaten der alten Welt im großen und ganzen nicht viel besser geht als uns. Sie alle leiden mit uns unter den Folgen des Dittales von Versailles. Rüge 1926 mit der wachsenden allgemeinen Einsicht auch die grundlegende Revision des verhängnisvollen Dokumentes bringen.

Oesterreich.

(Von unserem Wiener Berichtskorrespondenten.)

Dr. H. R. Wien, Ende Dezember 1925.

Ein Jahr harter Arbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens liegt hinter Oesterreich. Es ist durch das Bestreben gekennzeichnet, alle Kräfte einzusetzen, um Befreiung von den Fesseln zu erlangen, welche der Völkerverbund Oesterreich durch den Genfer Pakt auferlegt hat und wodurch jene des Dittales von St. Germain noch verhärtet worden waren. Das die österreiche Regierung eifrig am Werk war, dieses Ziel zu erreichen — mochten der Bevölkerung dadurch auch schwere Opfer auferlegt werden — zeigen folgende Tatsachen. Schon bei Einbringung des Staatsvoranschlags mußte man, daß die darin enthaltenen Ziffern mehr als vorläufig eingeleitet worden waren. Nun liegt die Rohbilanz des Budgets für die ersten zehn Monate des Jahres 1925 vor. Das Ergebnis der direkten Steuern macht 230 Millionen Schilling aus, was gegenüber der entsprechenden Quote des Präliminars von 178 Millionen Schilling einen Mehreingang von 52 Millionen Schilling ergibt. Das Zollpräliminar von 174 Millionen Schilling ist gleichfalls durch 20 Millionen Schilling Mehreinnahme überschritten worden.

Die Bundesbahnen, noch vor zwei Jahren für den Staat ein fast ohne Boden, sind nicht nur aktiv, sondern haben den Fahrpark bereits wieder auf den Stand vor dem Kriege gebracht. Was den Ausbau der Wasserkräfte anbelangt, so war das vergangene Jahr ein Jahr der Ernte. Die Bundesbahnen haben die Strecke von Innsbruck über Bludenz (Vorarlberg) hinaus elektrifiziert. Die elektrische Durchführung bis Voregg ist im Gange und für die Elektrifizierung der Strecke Innsbruck-Salgzburg und Ruffein-Brenner sind die Vorarbeiten bereits im vollen Gange. Besonders ausgiebig war der Ausbau der Wasserkräfte in den Ländern. Gegenwärtig sind ungefähr 200 000 P.S. in Betrieb, was in dem kohlennarmen Oesterreich eine Erparnis von hunderttausenden Tonnen Auslandskohle bedeutet. Die österreichische Landwirtschaft, die bei Kriegsende die heimische Bevölkerung kaum für drei Monate versorgen konnte, hat im heutigen Jahr den Inlandsbedarf an Roggen und Gerste völlig, an Weizen zu zwei Dritteln, an Zucker zu 60 Prozent gedeckt.

Die Währung ist stabil, die Banknoten zu 64 Prozent metallisch und durch Pfund und Dollars gedeckt. Die Handelsbilanz, die von Januar bis September 1924 ein Passivum von 1063 Millionen Schilling aufwies, zeigt im gleichen Zeitraum des laufenden Jahres ein solches von 562,7 Millionen Schilling. Eine erhebliche Minderung mithin, aber noch immer ein starkes Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr. Die Rohmaterialien, den größten Teil der benötigten Textilien, Mehl, sowie 40 Prozent Zucker zu importieren, zeigt trotz alledem die mäßige wirtschaftliche Lage Oesterreichs. Böllig tritt diese zutage, wenn man die Ziffer der Arbeitslosen in der Höhe von 180 000 in Betracht zieht. So groß die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich ist, sie steht in keinem Verhältnis zu derjenigen Oesterreichs, das nur ein Zehntel der Bevölkerung Deutschlands aufweist. Diese ungeheure Arbeitslosenziffer beleuchtet so recht die Krise, die die österreichische Industrie heimgesucht hat. Zum Mangel an Betriebskapital gesellt sich die Lähmung des Exports, da die Nachbarstaaten von Oesterreich eine chinesische Zollmauer aufgerichtet haben. Romantische Pläne, wie die Idee von Voranschlägen zwischen Oesterreich, der Tschechoslowakei und Italien, sind wie vorausgesehen war, gescheitert.

In dem Protraktatsbestimmungen eines Normalbudgets, in dem die Staatsausgaben mit einer niedrigen Ziffer vom Völkerverbund festgelegt wurden,

jeuzen Wissenschaft und Kunst. Die Hochschulen klagen mit Recht, daß mit den niedrigen Dotationen nicht einmal die notwendigen Bücher und Instrumente für die Institute beschafft werden können. Im deutsch-österreichischen Volk lebt aber ein wahrer Durst nach den Schätzen der Kultur. Das zeigt nicht nur der Umstand, daß die Zahl der Kurse der Volkshochschulen fortwährend im Steigen ist, sondern auch, daß das Radio Wien, das ein reichhaltiges, wissenschaftliches und künstlerisch sehr reiches Programm aufweist, im zweiten Jahre seines Bestehens über 140 000 Abonnenten aufweist; jede dritte Wiener Familie besitzt ein Radio.

Mit großer Genugtuung beobachtet man in Oesterreich, daß das Deutsche Reich allen Erschwernissen zum Trotz, sich anstrengt, den Platz im Leben der Völker zu beanspruchen, der ihm schon im Hinblick auf die gewaltigen Leistungen auf allen Gebieten menschlicher Kultur zukommt. Wir wissen sehr wohl, daß das Deutsche Reich unter den schweren ihm auferlegten Lasten noch viel zu erdulden hat und haben wird. Trotzdem ist jedermann in Oesterreich, ohne Unterschied der Partei, überzeugt, daß der Wiederanstieg Deutschlands unaufhaltsam ist. Mit innigem Mitleid verfolgt Oesterreich alle Phasen dieses Ringens des Reiches um den ihm gebührenden Rang unter den Völkern. Wir alle haben die Empfindung, daß damit auch ein Stück unseres eigenen Schicksals entschieden wird; wir alle wissen, daß der einzige wahre Freund Oesterreichs das stammesverwandte deutsche Volk ist. Wiederholt hat auch der geweseene Bundeskanzler Dr. Seipel erklärt, käme es zu einer Volksabstimmung in Oesterreich, 90 Prozent würden sich für den Anschluß an Deutschland erklären. Die Zahl ist eher zu niedrig gegriffen. Ohne Unterschied der Partei wünscht ganz Oesterreich, daß das Deutsche Reich anno 1926 eine entscheidende Wendung zum Aufstieg nehmen und neuer Größe entgegen gehen möge.

England.

(Von unserem Londoner Vertreter.)

K. London, Ende Dezember.

Das Tempo englischer politischer Entwicklung ist von jeher langsamer gewesen als das anderer europäischer Nationen. Abgesehen von dem kurzen Intermezzo konservativer Regierungen unter Bonar Law und Baldwin haben im Grunde unenglische Persönlichkeiten, wie der Premier Lord George und der Schotte Mac Donald der englischen Entwicklung während des Krieges und seiner Gebräde und Richtung. Aber seit dem Beginn dieses sich seinem Ende zuneigenden Jahres hat das alte Geles englischer Politik neue Geltung bekommen. Es lautet: immer langsam voran! Baldwin ist Enkelkinder von reinstem Wasser.

Von einer gewaltigen parlamentarischen Mehrheit getragen, begann die Regierung Baldwin vor 12 Monaten die praktische politische Arbeit. Ihre Machtfülle erschien unbegrenzt, und ebenso unbegrenzt waren die Hoffnungen ihrer Anhänger. Innenpolitisch galt es, dem Problem der Arbeitslosigkeit beizukommen, außenpolitisch mußte etwas wie das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt werden. Reichspolitisch gab es eine Fülle kleinerer Aufgaben. Die Regierung ging teils ängstlich, teils tapfer vor. Ihre offenbare Schwäche bestand in dem Fehlen eines außenpolitischen Programms, wie es die Stärke Mac Donalds gewesen war. Hier tritt man zunächst ein und bemächtigt sich des deutschen Vorschlags eines europäischen Europapaktes, den man zur Grundfrage der englischen Europapolitik machte. Aber Monate und Monate gingen ins Land ohne daß etwas zu geschehen schien. Der Pakt kam nicht vorwärts. Inzwischen wurde in England das Budget eingebracht; Churchill mit Spannung er-

wartetetes Budget. Es war, wie man weiß, nicht nur eine Enttäuschung, es war ein Schlag ins Gesicht für alle diejenigen, die den Wahlversprechungen Baldwin's unbedingten Glauben geschenkt hatten. Es brachte, wie man sofort bemerkte, den Schutzjoll durch die Dintertür. Die Mac Kenna-Böle auf Automobile, Glas, Uhren, Klaviere usw. wurden wieder in Kraft gesetzt und ein System von Sonderzöllen zum Schutze einzelner hilfsbedürftiger Gewerbe eingeführt. Ferner wurde die Prämie zum Goldstandard befristet, nachdem man schon zu Beginn des Jahres den Londoner Goldmarkt für auswärtige Anleihe gesperrt hatte.

Der Wert all dieser Maßnahmen erschien höchst fragwürdig. Zudem stieg die Arbeitslosigkeit, im Kohlenbergbau entwickelte sich eine bedrohliche Krise, die unter kommunistischem Einfluß leicht die gesamte Nation hätte in Mitleidenschaft ziehen können. Das allmächtige Ministerium Baldwin war nicht so allmächtig wie man glaubte. Die Industrieerträge verkehrte sich aufwärts. Selbst der Reichsverband der englischen Industrie griff gegen die Regierung ein. Der eben noch blaue Himmel froher Erwartung bewölkte sich gewitternd. In positiven Leistungen blieb nur noch die Doffnung auf die Balkpolitik. Mit dramatischer Schnelligkeit schien das neidische Glück den schon einmal nach kurzer Ministerpräsidentenschaft gestürzten Baldwin auch diesmal wieder vernichten zu wollen. Es ist nichts mit ihm, könnte es aus den Reihen der Opposition, Klang es aus den eigenen Reihen. Wäre nicht gleich nach der Subventionierung des Kohlenbergbaus das Parlament auseinandergegangen, wer weiß, ob Baldwin heute noch Ministerpräsident wäre.

Glück hat auf die Dauer nur der Müchtige, lautet ein viel älteres Sprichwort. Chamberlain machte sich während der Parlamentssommerferien ans Werk und brachte Locarno zustande und siehe da, das Eis war gebrochen. Als der Herbst begann, lüchelte sich der vorher schwer bewölkte Himmel. Die Stufen des Erfolges hießen: Locarno, London, Wieser, Mosul, Verlingerung der Arbeitslosigkeit, Besserung der Wirtschaftslage, und darauf folgend Ansehen, Achtung, Anerkennung, Ruhm.

Per Saldo, sagt der Kaufmann, hat Baldwin und sein Kabinett abgeschrieben. Er geht mit bedeutenden Rücklagen politischer Gewinne in das neue Jahr. Auf der Gegenseite des Abschlusses stehen zwar noch bedeutende Schulden und Verbindlichkeiten. Aber niemand fragt mehr danach, ob sie groß oder klein sind. Nachdem Locarno und, nicht zu vergessen, die Beilegung des irischen Grenzstreites gelungen sind, traut man der Regierung vieles zu. Sie hat sich bewährt.

Sie wird also die bisherige Linie weiter verfolgen. Schon der heimischen Industrie nach innen, Stabilität, Ruhe und Frieden nach außen. „Laut mit tofrennen“ wird zur Devise des Engländers. Wir dürfen daher im Sinne der Hilfe für unsere Vöter nur wenig von ihm erwarten. Er will nicht „besämmeri“ werden. Er hat mit sich selbst genug zu tun. Hier liegt für uns sogar eine gewisse Gefahr. Rein menschlich gesehen neigen die maßgebenden Männer der konservativen Regierung etwas zur Selbstgefälligkeit. Baldwin wie Chamberlain, Churchill wie Birkenhead. Nun sie das Examen bestanden haben, wird diese Neigung zunehmen. Gerade die kleinen Sorgen des allenthalben von dem Vertrage von Versailles übel gerachteten deutschen Reiches wird man gekümmert übersehen. Man hat kein Auge dafür. Um Kapitalien zu bekommen, dazu ist man zu großzügig, und zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt. Aber England als Ganzes hat wieder Freude an der Arbeit an sich selbst bekommen. So wertvoll dies Ergebnis in mancherlei Hinsicht ist, so droht doch auf der anderen Seite gerade aus dieser Quelle für das auf Erleichterung seiner Lage wartende Deutschland mancherlei Gefahr im kommenden Jahre.

Frankreich.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

W. S. Paris, Ende Dezember 1925.

Das zu Ende gehende Jahr wird stets von überragender Bedeutung bleiben, nicht nur für die politische und wirtschaftspolitische Entwicklung Frankreichs, sondern vor allen Dingen auch für die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen. Das Vorkriegsdeutsch, das unter Herriot zu Beginn des Jahres 1925 das französische Erbe des chauvinistischen Imperialismus der ungeliebten Regierung Poincaré und des Bloc national übernommen hatte, zeigte sich auf die Dauer seiner Aufgabe nicht gewachsen. Herriot scheiterte an dem Widerstande des Senats, und damit erlitt die Politik des Vorkriegsdeutsch bereits seinen ersten tödlichen Stoß. Painlevé und Herriot lösten sich einander ab. Der bisherige Präsident der Kammer Painlevé übernahm die Leitung der französischen Regierung, während der bisherige Ministerpräsident Herriot als Nachfolger Painlevé zum Präsidenten der Kammer gewählt wurde. Der innere Zerkerungsprozess Frankreichs aber ließ sich nicht mehr aufhalten. Mit fast mathematischer Sicherheit folgte Rückschlag auf Rückschlag, die Sünden der Vergangenheit rächten sich bitter an einem völlig unhaltbaren System, einer sogenannten Demokratie, deren Parlamentarismus allmählich zum Gespött des ganzen Landes wird. Die gesamte französische Finanzpolitik hat durch ihre geradezu sinnlose Schuldenwirtschaft ein völliges Fiasko erlitten. Das Land ist reich, der Staat ist arm. Groteske Steuerpolitik untergründet vielfach die letzten Kredite. Einen Staatshaushalt von 33 Milliarden aufzustellen, hatten theoretisch wie praktisch wohl alle sieben französischen Finanzminister fertiggebracht, die Frankreich in den letzten 18 Monaten verbraucht hat. Aber die Regelung eines Schuldendienstes gegenüber England und Amerika, der um ein Mehrfaches höher war als die Endsumme des gesamten Staatsbudgets, war eine Sisyphus-Arbeit, an der auch ein Caillaux scheiterte, der im In- und Auslande vielfach als der Retter des Vaterlandes galt. Das Kartell zerfiel. Die Sozialisten glichen sich lieber in negativer Opposition, denn in positiver Mitarbeit. Briand löste Painlevé 1. und 11. ab, orientierte sich sehr deutlich immer weiter nach rechts, namentlich als er Doumer im Widerspruch fast zum gesamten Kartell zum Nachfolger des gänzlich versagenden Loucheur ernannte. Vom Glorionenscheine seines Locarno-Ruhmes umstrahlt, bedachte er die Inflationenpolitik seiner Finanzminister, und der Franken stürzte weiter, soweit, daß die große Masse des Volkes jetzt sehr wohl begreift, um was es sich eigentlich handelt. Die Unzufriedenheit wächst, die Unruhe im ganzen Lande wird immer größer, die allgemeine Leuerung nimmt immer beängstigendere Formen an, der Ruf nach dem starken Manne wird immer lauter.

Böhsamerkeit: Frankreich ist ein reiches Land. Wenn seine Finanzen augenblicklich in einer sehr bequemen Anordnung sind, ist das gewiß nicht Briand's Schuld noch die seiner Ministerkollegen. Doch England und Amerika drängen auf Regelung der Kriegsschuldenfrage, Marokko und Syrien fordern Riesencredite, die östlichen Bundesgenossen brauchen viel Geld, die russischen Milliarden scheinen unüberbringlich verloren, die eigenen Bürger verweigern dem Staate den Kredit: so bleibt kein weiterer Ausweg als die Inflation. Kein Staat in der Welt hat irrendes Interesse an der Entwertung des französischen Franken, an allerwertigsten Deutschland, dessen Export ungeheuer schwer leidet unter dem französischen Valuta-Dumping. Deutschland will sich mit Frankreich verständigen. Es hat ihm den Sicherheitspakt angeboten. Deutschland selbst hat unbedingt ein Interesse an einer friedlichen Entwicklung zur Wiedergesundung seiner zer-

All Wirtschaft. Gewiß bestehen Gegenstände der beiden Länder. Aber warum? Wir müssen mit Frankreich so rasch wie möglich in ein einträgliches Verhältnis kommen. Es ein Weg finden lassen, um die schreiende Ungleichheit, die der Vertrag von Versailler aufzulegt, wettzumachen. Eben von dem Rhein, Rheinland und Pfalz, Saargebiet, Lothringen, die Kolonien, Militärkonventionen, Erdölfrage der deutschen Luftschiffahrt, und viel anderes mehr sind nur einige Punkte eines selbstverständlichen Programms, dessen Erfüllung die nächste Zukunft uns bringen muß, wenn anders überhaupt jedes freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nicht lediglich Utopie bleiben soll. Wir wollen uns mit Frankreich verständigen, wir wollen mit ihm einen Handelsvertrag schließen, wir suchen mit ihm einen gerechten Ausgleich, eine vernünftige Verständigung, aber nur als unbedingt Gleichberechtigte, absolut Ebenbürtige.

Der „Geist von Locarno“ ist gegenwärtig das beliebteste politische Schlagwort in Paris, wenn von einer deutsch-französischen Verständigung die Rede ist. Die Seiten eines politischen Abwärtens, der noch mit Schlagworten arbeitet, aber nicht vorbei. Die ungeheure wirtschaftliche Depression, die auf ganz Europa lastet, ist viel zu groß, als daß in den europäischen Kabinetten überhaupt noch Raum sein dürfte für Rüstungspolitik und Scheinlappengänger.

Die Schweiz.

(Von unserm Berner Korrespondenten.)

Y. Bern, Dezember 1925.

Wenn man auch im abgelaufenen Jahre für die Schweiz weder in politischer noch wirtschaftlicher Hinsicht große Umwälzungen verzeichnen kann — der trotz gelegentlicher radikaler Umwälzungen im Grunde konservative Sinn des Schweizervolkes ist solchen Umwälzungen wenig geneigt —, so darf man immerhin einige Tatsachen und Ereignisse festhalten, die auch über die Landesgrenzen hinaus einige Beachtung verdienen.

Was die Wirtschaftslage des Landes anbelangt, so war sie während des ganzen Jahres hindurch gekennzeichnet durch eine andauernde Depression. Wenn man auch von einer allgemeinen Krise wie in Deutschland kaum sprechen kann, so war man doch von einer auch nur mäßigen Konjunktur weit entfernt. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer erheblich. Sowohl Ausfuhr als Einfuhr liegen unter Berücksichtigung der Geldentwertung, weiterhin unter den Ziffern der letzten Vorjahresjahre; wobei die Einfuhr stärker gedroht erscheint als die Ausfuhr. Bei einem solchen schleichenden Geschäftsgang unserer Wirtschaft darf es angefaßt werden, daß der Zinsfuß ein recht bescheidener ist; bei Jahreszinsen von 5 Prozent Zinsen für langfristige inländische Kapitalanlagen als normal. Dies steigerte naturgemäß die ohnehin seit Jahrzehnten nicht unbeträchtliche Kapitalausfuhr. Als Kreditnehmer trat in erster Linie Deutschland auf den Plan, was bei der bekannt großen Kapitalnot und den dort wankenden hohen Zinssätzen nicht verwundern kann. Große industrielle Konzerne, städtische Werke, Gemeinden und Private entsandten eine gleich rege Nachfrage, wobei die im einzelnen angeforderten Kapitalsummen zwischen 40 Millionen und einigen hunderttausend Franken schwankten. Besonders auffallend ist die Fülle der kleinen und kleinsten Kapitalgesuche aus dem angrenzenden Süddeutschland; betragen deren Anforderungen nämlich doch viele hunderttausend Franken, wie ein Blick in die Spalten unserer Handelsblätter darthut.

Was den Handelsverkehr mit Deutschland im speziellen anbelangt, so ist ja sicher gegenüber den vergangenen Katastrophenjahren eine Verbesserung zu verzeichnen; hinter den Ziffern der Vorjahresjahre steht man aber noch wesentlich zurück. Vor allem die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz hat noch immer einen sehr starken Anstieg zu verzeichnen. Wenn man auch unter dem Einfluß des neuen Handelsabkommens zwischen den beiden Ländern mit einer gewissen Verbesserung des derzeitigen anormalen Verhältnisses der beiderseitigen Handelsbeziehungen rechnen kann — vor dem Kriege übertraf die deutsche Einfuhr nach der Schweiz die Ausfuhr der Schweiz nach Deutschland um das Doppelte, heute dagegen kaum um mehr als 20 Prozent —, so können unsere Erachtens doch kaum Zweifel darüber bestehen, daß eine rasche Steigerung der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz auch in den nächsten Jahren kaum zu erwarten sein wird.

Die rein politischen Angelegenheiten sind bei uns in der Schweiz in den Vorjahresjahren immer stark zurückgetreten; das ist neuerdings der Fall, seitdem die Stürme der Kriegsjahre und ersten Nachkriegsjahre überwunden worden sind. Die im Oktober abgehaltenen Wahlen zur Bundesversammlung haben wie erwartet einen kleinen Zug nach links gebracht. Diese Wendung ist aber für die Politik des Landes ziemlich bedeutungslos und schon gar eine Regierungsstürze ist ja bei uns keine ein Ding der Unmöglichkeit. Die neue Bundesversammlung hat denn auch die beiden bisherigen Bundesräte anstandslos für eine neue Amtsdauer von drei Jahren bestätigt.

Neben der Volksabstimmung über die Sozialversicherung und den Wahlen zur Bundesversammlung waren die Angriffe auf die Militärausgaben in der Dezembertagung der eidgenössischen Räte das einzige politische Ereignis von größerer Bedeutung. Nicht daß die Sozialdemokraten wiederum eine scharfe Attacke gegen die Militärausgaben geritten haben, ist zu bemerken, denn das tun sie schon seit Jahren regelmäßig, sondern daß auch in den bürgerlichen Reihen die Meinung weit verbreitet ist, der seit Jahren andauernden Steigerung der Militärausgaben müsse endlich Einhalt getan werden. Es ist kein Geheimnis, weiteste Volkskreise sind gründlich militärmüde, und wenn die Räte nicht von sich aus eine Beschränkung vornehmen, so würde eine Volksinitiative mit dem Zweck und

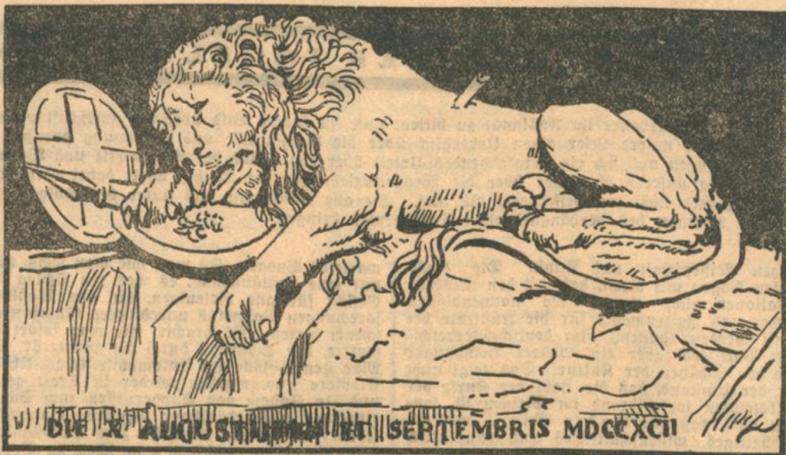
Erfolg der Verminderung der Militärausgaben nicht außerhalb des Bereiches des Möglichen liegen.

Außenpolitisch erfreut sich die Schweiz nach wie vor steigender Beachtung und Wertschätzung. Das Schweizer Volk hat trotz seiner verschiedensprachigen Länder Teile auch im Weltkrieg gezeigt, daß es an seinen bewährten Traditionen festhält und es hat die Außenpolitik der Nachkriegsjahre auch 1925 ebenso zielklar fortgesetzt. Für Deutschland bleibt es ja trotz allem eine bittere Tatsache, daß es gerade ein Schweizer war, der seinen Namen mit demjenigen Oberstleutnants in der Geschichte verknüpfen mußte. Trotzdem wird aber die Schweiz auf Deutschland zählen dürfen, wenn es gilt, durch Fortschritt und Ausbau auf allen Gebieten des Friedens dem Wohle der Völker zu dienen. Gerade das Nachbarland Baden hat ja im vergangenen Jahre durch Veranstaltungen auf den verschiedensten, vor allem aber auf kulturellem Gebiete gezeigt, daß es sich die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen auf das nachhaltigste angelegen sein läßt. Mit der Lösung solcher Aufgaben erfüllt Baden eine Pflicht, die ihm, nachdem es nach dem Westen zu Grenzland geworden ist, in erhöhtem Maße anfallen. Es besteht kein Zweifel, daß alle derartige Betätigungen wie im alten, so auch im neuen Jahre bei den wessens- und stammverwandten Schweizern volles Verständnis und aktive Gegenliebe finden werden.

Deutscherseits würde es allerdings sehr begrüßt werden, wenn sich in der Schweizer Presse, auch derjenigen der Deutschschweizer, ein etwas verständlicherer Ton erkennen machen würde. Gerade die Schweiz darf nicht vergehen, daß in ihrer Wirtschaftslage allein die

Fremdenindustrie eine Ausnahme von der allgemeinen Depression macht, nicht zum wenigsten infolge der ganz außerordentlich starken Zunahme der deutschen Gäste. Für das abgelaufene Jahr war vor allem der ununterbrochene Rückgang der Kosten der Lebenshaltung bezeichnend, so daß man heute in der Schweiz, wenn auch noch nicht völlig, so doch annähernd die Preisstufe der Länder mit besonderer Währung erreicht hat, wogegen man zu Beginn des Jahres noch mit einer Differenz von 10 und mehr Prozent rechnen mußte. Daß die Verminderung der abnormal hohen Lebenshaltungskosten für unsere Industrie eine Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit bedeutet, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Für die Finanzen des Bundes war das abgelaufene Jahr insofern ein Wendepunkt, als zum ersten Male ein kleiner Rückgang der Staatsschuld vorgenommen werden konnte. Die ordentliche Rechnung wird zwar noch einmal mit einem kleinen Rückschlag abschließen, aber die in der Rechnung nicht erscheinenden Erträge der sog. zweiten außerordentlichen Kriegsteuer, der einzigen direkten Bundessteuer, haben eine Verminderung der Schuld um rund 100 Millionen auf 2,1 Milliarden Franken gesteuert. Der Anfang ist ja da, aber man darf hoffen, daß die Erträge der Kriegsteuer in den nächsten Jahren eine weitere Verminderung der Staatsschuld gestatten werden. Eine Voraussetzung ist allerdings dabei, daß die Lasten, die dem Bund aus der nun endlich nach langen Kämpfen in der Volksabstimmung vom 6. Dezember beschlossenen Einführung der allgemeinen Sozialversicherung erwachsen, müssen noch die Finanzquellen erschlossen werden.



Unser: Das Schwendental.

Italien.

(Von unserm Vertreter in Rom.)

D. Rom, Ende Dezember.

Das Jahr 1925 ist für die italienische Politik von entscheidender Bedeutung gewesen, in erster Linie für die Festigung des faschistischen Regimes im Lande. Ende 1924 hatten sich die Dinge außer Kontrolle gelassen. Die Opposition war auf der ganzen Linie im Vorwärtigen begriffen; sogar die rechtsliberalen Führer Salandra und Orlando hatten sich gegen die Regierung Mussolini erklärt, dessen Rücktritt förmlich verlangt wurde. Die Faschisten in der Regierung nahmen die bedrohlichsten Formen an. Da raffte sich Mussolini zum Gegenstoß auf; mit seiner berühmten Kammerrede vom 3. Januar erklärte er jegliche Opposition den Krieg bis aufs Messer. Gleichzeitig hob er die Presse- und Versammlungsfreiheit auf und verbot die Bildung von „unfähigen“ Belagerungsausschüssen, der heute noch andauernd. Und nun begann die faschistische Verfassungsreform, die mit allen Ueberlieferungen und Institutionen des Liberalismus Parlamentarismus und Demokratie radikal aufräumt. Die Befugnisse des Ministerpräsidenten werden von jedem parlamentarischen Einspruch unabhängig, das Elementum wird von allen nichtfaschistischen Elementen geläubert, die gefährlichen Freimaurer-Organisationen verboten, die Führer der Opposition aus dem Lande getrieben, die nichtfaschistische Presse unterdrückt, verächtet oder „aufgekauft“ und ein Verwaltungssystem geschaffen, das völlig unter die Kontrolle des Großen Rats der faschistischen Partei kommt. Ueberall über die faschistischen Aufsteher, in den kleinen Gemeinden wie in den großen Städten und in den Provinzen. Die vollkommene Arbeitslosigkeit jeder andersgerichteten politischen Betätigung jermüht und zerlegt die Oppositionsparteien, die sich nach und nach auflösen.

Das ist das Ergebnis eines Jahres. Ganz ohne Zweifel hat der Faschismus Außerordentliches geleistet. Ruhe und Ordnung im Lande sind mitternachts, die Arbeitslosigkeit ist auf ein Minimum beschränkt und auf allen Gebieten herrscht eine heftigste Tätigkeit, die Errungenschaften der modernen Zivilisation einzuführen, wobei sich das lange vernachlässigte Süditalien der besonderen Fürsorge der Regierung erfreut. Mussolini will seinem Lande vor allem eines geben: Selbständigkeit, Unabhängigkeit. Daher sein Verzicht, die Landwirtschaft zu stärken, die bisher auch nicht annähernd ihre Möglichkeiten ausgenutzt hat. Der größte Erfolg aber ist für Mussolini und sein System die Ausmerzung des Klassenkampfes aus dem Wirtschaftsleben dadurch, daß er das ganze Unternehmertum in Industrie, Landwirtschaft und Handel mit den Arbeitstellern und Arbeitnehmern in eine einzige alles umfassende Gewerkschaftsorganisation gebracht hat, die unter staatlicher Aufsicht steht. Alle etwaigen Streitigkeiten unterliegen der Regelung eines staatlichen Schiedsgerichts, Streiks und Aussperrungen sind verboten und die Vertrauensmänner der Arbeitnehmer sind durch faschistische Kontrolloren ersetzt worden. Der Widerstand

dagegen war auf beiden Seiten, der Unternehmer und der Arbeitnehmer, gleich stark, da durch die neue Ordnung der Staat das Wirtschaftswesen nach seinem Willen dirigiert. Und das wird sich als um so notwendiger erweisen, als die schweren Zeiten für Italien erst noch kommen werden, wenn die volle Last der Kriegsschuldendahlung sich bemerkbar machen wird. Die Feuerung dieses Jahres macht sich überall fühlbar, wenn auch viele Kreise durch den ungeheuren Zustrom des heiligen Jahres großen Nutzen gehabt haben. Wenn es der Finanzpolitik der Regierung auch gelungen ist, die drohende Verminderung der Einnahmen aufzuhalten, so hat sie doch eine allgemeine Preissteigerung von mindestens 25 Prozent nicht verhindern können. Man will deshalb auch von allen Währungsversuchen, namentlich der Rückkehr zur Goldwährung, vorläufig absehen, da die relativ schwache italienische Wirtschaft eine damit kommende Krise nicht überleben könnte.

Außenpolitisch hat die Regierung Mussolinis Erfolge zu buchen: u. a. die Regelung der Schulden und gleichzeitig Aufnahme einer Anleihe in Amerika, Schließung der Grenzfreizone mit Ägypten in Nordafrika, Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland, über den man hier sehr zufrieden ist, und Teilnahme als Garant am Vertrag von Locarno. Mussolinis Bestreben, Italien selbständig und unabhängig zu machen, bewirkt für sein Land eine gewisse Isolierung, die manchmal Stärke, manchmal Schwäche bedeutet. So große Sympathien das italienische Volk für Deutschland auch hat, es ist nicht zu verkennen, daß der italienische Nationalismus, der die Regierung ist, oft eine Sprache gegen Deutschland führt, die alles andere als forrest ist.

Diese Sprache hat sich gerade jetzt gegen den Jahresstillsitz zu Taten verbildet, die man auch beim besten Willen nicht als die Kimberkrankenheiten einer neuen Zeit, als letzte Zudungen der Kriegsspielfolge ansprechen kann. Italien, Regierung und Volk, wird sich darüber klar sein müssen, daß es die Wege, die es in der letzten Zeit dem Deutschland gegenüber beschritten hat, nicht wird fortsetzen können, ohne den Frieden auf das Ernstlichste zu stören. Die großen politischen Ausschreitungen unserer deutschen Brüder in Süditalien gegenüber, die die schlimmsten Zeiten des Mittelalters erinnernden Maßnahmen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zur Unterdrückung und Ausrottung des Christentums werden nicht nur ihr Ziel nicht erreichen, sondern die ganze Kraft dieses Begriffes erst zur Entfaltung bringen. Es ist nicht gut, mit dem Feuer zu spielen.

Aus der Verkennung eines Gegners und der in ihm schlummernden Kräfte ist schon oft, wie die Geschichte lehrt, ein Brand entstanden, dessen Bekämpfung die Kraft seines Urhebers überstieg. Das gesamte Deutschland sollte in dieser Stunde sich klar und selbstbewußt einem solchen Treiben gegenüberstellen und die Regierungen auf das lauthörigste in dem Bestreben unterstützen, fremdweltlichen Uebergriffen auch im Süden ein „Nein“ hierher und nicht weiter“ zu bieten. Was den Faschismus anbelangt, dem wir auch diese Bewegung verdanken, inwiefern er das kulturelle Leben Italiens befruchtet, ist heute

nach schwer abzusehen. Da die ganze Bewegung ein reines Zivilisationsphänomen ist, darf man in dieser Beziehung kaum allzu große Hoffnungen haben. Augenblicklich wenigstens hemmt die faschistische Uniformierung und Disziplinierung das Geistesleben mehr, als daß sie es fördert. Kritik und Selbstkritik, Eigenschaften, die in Italien nie stark entwickelt waren, sind sehr völig verschwunden. Geistige Gärungen und Erschütterungen, wie wir sie in Deutschland erleben, sind der jüngeren Generation Italiens gänzlich unbekannt, interessieren sie auch ihrer ganzen Veranlagung nach garnicht. Und dies wird auf allen Gebieten eines Tages den Ausschlag geben, so verlockend die Vorteile des Systems Mussolinis in äußerlicher Beziehung auch sein mögen.

Sowjetrußland.

(Von unserm Moskauer Korrespondenten.)

Gu Moskau, Ende Dezember 1925.

Das politische Leben dieses großen sozialistischen Staatswesens im Osten Europas, das ein Sechstel der Erdoberfläche bedeckt, und mit seinem immer noch 130 Millionen Einwohnern das größte einheitliche Menschenreservoir Europas darstellt, ist oft mit einem großen breiten Strom verglichen worden, der seine tiefen, dunklen Wasserflächen inmitten künstlich aufgerichteter Dämme marxistischer Theorien und Lehren dieser Weltanschauung dem großen Meere einer unbestimmten Zukunft entgegenwagt.

Der Vergleich ist nicht unrichtig. — Selten ist das politische Leben eines Staates von einer solchen überlichen Gleichförmigkeit, wie das dieses sozialistischen Menschenstaates. Selten ist eine politische Diktatur mit einer solchen unabweichlichen Folgerichtigkeit gehandhabt worden, wie die sogenannte „Diktatur des Proletariats“ in diesem Staatswesen. Und doch haben die Machthaber in Moskau schon längst den Gedanken an dieser unergänzlichen Tieren der russischen Volksseele durch die hohen Dämme marxistischer Theorien in geradem Wege dem großen Meere einer unpolitischen marxistischen Zukunft zuzuführen. Ähnlich seinen natürlichen Brüdern auf Erden beginnt dieser Strom in Bindungen seinen Weg zu suchen, wobei die heutigen Lenker dieses Stromes es nicht eilig genug haben können, immer neue Dämme aufzuwerfen, um die Gewalt über diesen Strom nicht zu verlieren, und alles verberberende Dammbüchse zu verhindern, wobei es sich heute garnicht übersehen läßt, in welches große Meer einer Weltanschauung, politischer und wirtschaftlicher Konzentration sich dieser russische Strom schließlich ergießen wird.

Das Jahr 1925 ist durch eine scharfe Wendung dieses russischen Stromes gekennzeichnet. Der Anfang dieses Jahres brachte den Machthabern in Moskau die Erkenntnis, daß nicht nur ihre Hoffnungen auf eine rasche Durchführung der Weltrevolution getrogen haben, sondern daß auch sie in ihrem ureigensten Gebiete, im sozialistischen Rußland, eine Gefahrenzone zu durchschreiten beginnen, die schon ihre sozialistischen Theoretiker vor dem Kriege mit großer Sorge vorausgesehen und gefürchtet haben. Diese Sorge ist kurz formuliert. Sie heißt: „Wird ein Agrarland mit etwa 95 Prozent Bauernbevölkerung willens sein, sich auf längere Zeit (bis zur Verwirklichung der reinen marxistischen Ideen) von der verschwindenden Minderheit des sogenannten städtischen Proletariats politisch und wirtschaftlich beherrschen und leiten zu lassen?“ — Einer der jüngeren kommunistischen Theoretiker hier in Moskau, Preobraschenski, stellte zu Anfang dieses Jahres das bisherige Ergebnis der inneren sowjetischen Politik Moskaus noch trasser wie folgt fest: „Die bisherige Entwicklung der Sowjetpolitik hat dazu geführt, daß Sowjetrußland nach einem Zweiklassen-System beherbergt wird, bei dem auf der einen Seite der Bauernschaft eine zahlenmäßig sehr beschränkte Klasse des städtischen Proletariats ausbeutend sitzt.“ — Eine bessere Selbstkritik konnte in Moskau kaum gefällt werden.

Die große Lösung für die sowjetische innere Politik in diesem Jahre hieß demnach also: „Die Front zum Dorf“. Das große Werben der Machthaber in Moskau mit der Minderheit ihres sogenannten städtischen Proletariats um die Gunst, um die Zufriedenheit der großen übermächtigen Masse der Bauernschaft begann.

Es kann nun nicht gefagt werden, daß dieses große Werben um die Bauernschaft von Befonders sichtbarem Erfolg begleitet gewesen ist. Noch in diesen Tagen hat die hier erscheinende „Iswestia“, das Blatt der Regierung, in einem ersten Beiratsartikel ausrufen müssen: „Unser Erfolg in dem Kampf um das Dorf ist mehr wie gering! Das Problem ist alles andere wie gelöst! Wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Der Weg wird an unsere Kräfte die härtesten Anforderungen stellen.“

Und doch ist die Erklärung hierzu so leicht zu greifen. Der russische Bauer erhoffte durch die Revolution eine Verbesserung seiner wirklich kläglichen Existenzbedingungen. Vor der kommunistischen Revolution und während der Bürgerkriege ist sie ihm auch von den Kommunisten mit tausend Zungen versprochen worden. Was ist dem russischen Bauer aber Kommunismus, Sozialismus usw.? Wenig oder nichts! — Die Verbesserungen seiner Existenzbedingungen hat das Sowjetrußland ihm bisher nicht bringen können. Wohl aber ist es der Passivität des russischen Bauern gelungen, die Machthaber in Moskau ausfallen reich von der Verwirklichung ihrer rein kommunistischen Ideen abzubringen. Er hat gefagt, daß er, wenn auch passiv, eine Nacht darstellt; eine Nacht, welche den Städten rundweg mit allen seinen kommunistisch-sozialistischen Ideen verhungern lassen kann, wenn sie es will.

Das hat die Moskauer Regierung vor vier Jahren bei dem Versuch der Einführung der reinen kommunistischen Naturalwirtschaft verspürt, das hat sie auch in den letzten Monaten wieder erfahren müssen, als, trotz wirklich guter Ernte in Rußland, die Getreidezufuhr nach den großen Städten stochte, der verstaatlichte Getreidehandel nur knapp zwei Drittel des Be-

darfs an Brotmehl nach Moskau und Petersburg heranzubringen konnte, der mühsam stabilisierte Fischerwonez zu schwanzen begann und der Bauer dem städtischen sogenannten Proletariat und seiner Regierung sagte: „Bernt ihr erit einmal in euren Fabriken rationell arbeiten und wirtschaften, so daß ich für das Produkt meiner schweren Arbeit ein entsprechendes Produkt eurer Tätigkeit erhalte. Wenn ihr das nicht lernen könnt, wird das Wort Lenin von der „Sumtscha“ (Zusammenschließung) von Arbeiter und Bauer nur ein leeres Wort bleiben können.“

Mit diesem ungelösten Problem geht das sowjetische Russland auch in das neue Jahr hinüber. Mehr wie anderwärts bedeutet in Russland aber Wirtschaft auch Politik. Die sowjetisierte russische Industrie arbeitet noch immer unrationell, so teuer, um dem Bauern den entsprechenden Gegenwert an Betriebsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs zu angemessenen Preisen geben zu können.

Nun wäre es natürlich falsch, aus diesem ungelösten Gegensatz zwischen Bauern und diktierendem, machthebendem Proletariat eine, auch außenpolitisch sich unmittelbar und rasch auswirkende negative politische Kraft zu erblicken. Die Sowjetregierung, rein als Staatsgewalt genommen, hat bedeutend schwerere Krisen überstanden, als solche sich etwa aus dem ungelösten Gegensatz zwischen dem sogenannten Proletariat und der Bauernschaft noch ergeben können. Zweifellos muß dieser Zustand sich aber dahin auswirken, daß sich die Sowjetregierung immer weiter von ihren Idealen eines reinen kommunistischen Staats- und Wirtschaftswezens entfernen muß. Auch der bisher überwiegende Staatskapitalismus wird noch eine scharfe Revision zugunsten der Privatwirtschaft, der Individualisierung der Wirtschaft erfahren müssen. In welchem Grad, in welchem Tempo das geschehen wird, kann natürlich nicht gesagt werden, muß der näheren Zukunft vorbehalten bleiben.

Für die nicht-russische Umwelt aber bleibt dieses kompakte Riesenreich, mag es sich in der Weltpolitik oder Weltwirtschaft aktiv oder passiv geben, ein Faktor von nicht zu umgehender Bedeutung. Vom Standpunkt unserer Politik und unserer so lebenden Wirtschaft aus wäre es zu begrüßen, wenn Moskau recht bald und gründlich von den Utopien einer rein sozialistischen Weltanschauung und deren zwangsläufigen fatalistischen Folgerungen befreit und für uns zu dem politischen und wirtschaftlichen Kontrahenten würde, von dem so fürchtbar viel gesprochen und versprochen wird, an den aber zu glauben man heute noch nicht den rechten Mut aufbringen kann.

Die baltischen Staaten.

(Von unserem Vertreter im Baltikum.)

VI, Riga, Ende Dezember 1925.

Es liegt in der natürlichen Mentalität eines aus dem Zustande der Unfreiheit zu staatlichem Eigendasein gelangten Volkes, daß es im Laufe seiner neu gewonnenen Unabhängigkeit die national-politische Seite seines Gesamtlebens sehr stark in den Vordergrund seiner Interessen, seiner Betätigung stellt und in diesem Sinne auch wie auch innenpolitisch sich fast ausschließlich von nationalen Gesichtspunkten leiten läßt. Ueberdiesung der eigenen Fähigkeiten, Chauvinismus gegenüber den Andersstämmigen, Unterdrückung der autonomen wirtschaftlichen Faktoren — das sind die wenig erbaulichen Begleiterscheinungen dieses nationalen Jugendübermutes.

In den vier durch die Umwälzungen des Weltkrieges entstandenen baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und Litauen hat man diese Erscheinungen genugsam beobachten können. In Estland bescheidenweise allerdings nur in geringen Ausmaßen, denn Estland hat bereits unter zarischem Szepter schon lange seine Autonomie besessen, so daß die Finnen mit bedeutend mehr Besonnenheit das unidäbäre Gut der vollen Freiheit in ihre Hände nahmen und daher auch vor den genannten Fremden der anderen Randstaaten sich zum großen Teil bewahrt haben.

Im Folgenden soll nun versucht werden, in kurzen Zügen darzustellen, wie im letzten Jahre die aus dem übertriebenen Nationalismus heraus geborenen Tendenzen sich teils noch immer weiter zu behaupten suchen, teils aber schon einer bedächtigeren Einstellung zu weichen begonnen haben.

Als erstes Signal eines entschiedenen Umbruchs, einer Wende von der nationalistischen Schenkklappenpolitik ging in der vergangenen Frühjahr die erstfällige Nachricht in alle Welt hinaus, daß Estland und seinen nationalen Minderheiten die kulturelle Selbstverwaltung gewährt habe. Durch dieses entscheidende Vorangehen auf einem neuen völkerverbindenden Wege hat Estland sich in Europa zweifellos viel größeres Ansehen erworben, als es sich für diesen kleinen Staat je durch Hervorhebung nationalistischer Belange erreichen konnte. In Lettland dagegen, wo zum gleichen Zeitpunkt der Entwurf eines Autonomiegesetzes für die Deutschen nicht nur fertiggestellt, sondern teils der lettischen Parteien bereits gebilligt war, sollte plötzlich wieder eine rückläufige Bewegung ein, der lettische Chauvinismus spielte mit Erfolg seine Trumpfkarten aus und die Annahme des Gesetzes ist nun wieder auf einige Zeit vertagt, wenn nicht gar in Frage gestellt. Und zwar hat ausgerechnet die sogenannte „demokratische“ Partei aus vollen Dingen ins antideutsche Horn gestoßen, wie sie denn auch längst noch auf einer kaum lösbaren Regierungskrise jede Beteiligung an einer Koalition ablehnte, die sich auch auf nichtlettsche Parteien erstrecken würde. Eine solche Koalition bestand jedoch in Lettland das ganze Jahr hindurch, und diese parlamentarische Zusammenarbeit zwischen den bürgerlich-lettischen und der deutschen Partei muß als ein weiteres Zeichen dessen registriert werden, daß hier im Baltikum die nationale Selbstüberhebung vernünftigeren Prinzipien zu weichen beginnt. Am rückständigsten ist in dieser Beziehung noch Litauen, wo die nationalen Minderheiten gerade im letzten Jahre wiederholt brüskiert worden sind. Auch die infolge des äußeren

Drucks den Memelländern nicht mehr vorenthaltene Bildung eines autonomen Landtags ist von keiner Umstellung in der Mentalität der leitenden Kommoer Kreise begleitet gewesen, die sich nach wie vor nicht genieren, den Memelländern immer neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Daß ein Staat es zuwege bringt, die Bewohner seiner einzigen Hafenstadt stets aufs neue vor den Kopf zu stoßen, kann als ein markantes Beispiel der vorerwähnten Verengung wirtschaftlicher Notwendigkeiten seitens neugeborener Staaten gelten. Auch in Lettland und Estland sind dem Obigen Nationalismus wirtschaftliche Defatomben geopfert worden, indem die einst blühende Landwirtschaft durch die aller Wirtschaftlichkeit hohnsprechende Vernichtung des deutschbaltischen Großgrundbesitzes sehr schwer erschüttert wurde und auch in den Städten unter der Parole einer „nationalen Wirtschaft“ altbewährte deutsche Handels- und Industrieunternehmungen benachteiligt wurden. So sind in Riga Nichtkeiten zur Leitung der Staatsbank garricht, und derjenigen des „Börsekomitees“ (Handelskammer) nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen worden. Doch auch hierin hat das Jahr 1925 einige Wandlung zum Besseren gebracht, indem man sich in Estland entschloß, wenigstens einige Härten der „Agrarreform“ zu mildern, während sich in Lettland die neue Regierungskoalition einige praktische Richtlinien des Wirtschaftsprogramms der deutschen Fraktion zu eigen machte.

Sehr im Rücklande ist im übrigen noch der für alle diese Staaten so lebenswichtige politische und wirtschaftliche Zusammenschluß Estland und Lettland, die seit zwei Jahren wenigstens politisch verbündet sind, haben das ganze letzte Jahr hindurch erfolglos an der Verwirklichung der geplanten Foklunion gearbeitet, da die beiderseitigen Sonderinteressen sich stärker erwiesen, als der Wille zur Solidarität. Daß die den baltischen Staaten so dringend notwendigen englischen oder amerikanischen Kredite sich viel leichter werden realisieren lassen, wenn die kleinen Ostseestaaten einen homogenen Wirtschaftscomplex bilden werden, vergah man eben ganz über dem nationalen Partikularismus. Unglücklicherweise verloren die baltischen Staaten mit dem verunglückten lettischen Außenminister Meterniz noch dazu den richtigsten Verfechter des Zusammenrückensgedankens, doch wird seine letzte Tat auf diesem Gebiete, die lettisch-litauische Annäherung zu jezt noch weiterbetrieben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die allmähliche Befreiung aus den Schranken einer egozentrisch-nationalistischen Einstellung trotz mancher Demurrungen und Rückschläge im verflohenen Jahre in den baltischen Staaten sichtliche Fortschritte gemacht hat.

Die nordischen Länder.

(Von unserem Vertreter in den nordischen Staaten.)

ak, Kopenhagen, Weihnachten 1925.

Im Jahre 1925 haben sich die wirtschaftlichen Fragen fortgesetzt in den Vordergrund des Interesses auch der nordischen Völker gedrängt. Im allgemeinen darf gesagt werden, daß man sich in Skandinavien um die Jahreswende wirtschaftlich zwar wieder auf dem aufsteigenden Wege befindet; — doch vollzieht sich der Aufstieg langsam und unter erheblichen Schwierigkeiten.

Dänemark.

Die Wirtschaftslage Dänemarks u. Norwegens ist infoweg die gleiche, als die einheimische Valuta während des verflohenen Jahres sich in unerwarteter Weise erholt hat, was in fast allen Schichten der Bevölkerung schwere Deflations-Schmerzen verursacht. In Dänemark stieg der Kronenwert während der großen wirtschaftspolitischen und finanziellen Fragen gewidmet. Man hat sich in allen drei Ländern befreit, die Finanzlage des Staates durch erhebliche Einsparnisse auf den Militärbudget zu verbessern.

Schweden hat eine neue Verteidigungsordnung bereits angenommen, wodurch vor allem die Landwehrräfte erheblich — um etwa 60 Prozent! — eingeschränkt wurden.

In Dänemark liegt ein noch radikalere Rüstungseinsparungsvorschlag des sozialdemokratischen Kabinetts nunmehr des Reichstages vor, und in Norwegen beschäftigt das Ministerium Boninckel, dem Storting ebenfalls Vorschläge zu unterbreiten, wodurch recht bedeutende Ersparnisse der Ausgaben für Meer und Flotte, wenn auch nicht so radikaler Natur wie nach dem dänischen Vorschlag, ermöglicht werden sollen. Die Tendenz der Rüstungseinsparung in den nordischen Ländern ist wohl als eine Auswirkung des sogenannten „Locarno“ zu betrachten. Die nordischen Länder werden überdies in einer nahen Zukunft so weitgehende Schiedsgerichtsverträge miteinander abgeschlossen haben, daß bewaffnete Konflikte in Skandinavien künftig nach menschlichem Ermessen als überhaupt ausgeschlossen zu gelten haben werden.

Die Türkei.

(Von unserem Konstantinopler Berichterstatter.)

Th. J. W. Konstantinopel, Ende Dec. 1925.

„Ruhe und Stabilität“ sind unserem Lande endlich zurückgegeben.“ So erklärte im Januar 1925 der damalige türkische Ministerpräsident Fethi Bey. Waren es nur vorläufig ausgesprochene Worte oder zeugten sie von politischer Kurzsichtigkeit, von einem gewissen Grade Unverständnis für die Lage des eigenen Landes. Wie dem auch sein mag: Die verflohenen zwölf Monate haben die Unrichtigkeit obiger Aussage bewiesen. Sie haben gezeigt, daß einem Reiche, das einen juchzenden Kampf ums Dasein hinter sich hat, so schnell nicht Ruhe und Stabilität verliehen werden kann, daß ein solches Land sich einem derartigen Wahn nicht hingeben darf noch kann; sie haben klar erwiesen, daß sich ein solcher Staat Tag für Tag sein Dasein erneut erkämpfen muß und an Ruhe überhaupt nicht denken darf.

Die in gewaltiger Heftigkeit errungene Freiheit politischer Natur darf nicht leben blei-

ben, durch diesen Erfolg darf das Volk und seine Führer nicht höchste Zufriedenheit erfahren. Welt größere Ziele bewieben der Türkei vor als nur allein die Ruhe, die Fethi Bey schon erreicht zu haben dachte.

Norwegen.

In Norwegen sind die Deflations-Nöte noch ernster als in Dänemark. Dies beruht einerseits darauf, daß Norwegen nicht in der Lage ist, das durch die Deflation entstehende Minus des Erwerbslebens durch die Leistungen einer hochentwickelten Landwirtschaft auszugleichen. In Norwegen spielt die Landwirtschaft eine Nebenrolle. Das Land ist wirtschaftlich in der Hauptsache auf die Einnahmen der Schifffahrt, der Fischerei und der Industrie angewiesen. Innerhalb dieser drei Erwerbsgebiete hat man aber mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Die Schifffahrt ist natürlich durch die internationale Frachtkontraktion arg in Mitleidenhaft gezogen; die Ergebnisse der Fischereien hatten sich dies Jahr im allgemeinen keines nennenswerten Ertrags zu erfreuen, und was endlich die Industrie betrifft, hat das norwegische Wirtschaftsleben während der letzten Jahre, und auch im Jahre 1925, fortgesetzt eingeleitet Operationen durchzuführen müssen, wodurch die zahlreichen ungelunden und krankhaften Auswüchse aus den Inflationsjahren, die gewissenhaft Neugründungen, zum Teil im Tiefenformat, verschwanden. Diese Eingriffe haben einen erheblichen „Materialverlust“ der norwegischen Wirtschaft mit sich geführt. Das Wirtschaftsleben ist dadurch selbstredend geschwächt worden. Andererseits darf man sagen, daß die Notwendigkeit eingeleitet hat. Inerit waren aber zahlreiche Zahlungsanstreitungen, auch von größeren Geldinstituten, nach deutschem Beispiel das notwendig durchzumachende „Regefer“. Man hat in Norwegen gelernt, wie in Deutschland, den wirtschaftlichen Leibern in ganz gehöriger Weise einzuschneiden. Daß man sich aber auf dem Wege zur Genesung befindet, ergibt sich vor allem aus der nicht unerheblichen Besserung der Zahlungsbilanz sowie aus dem wieder erwachenden Vertrauen des Auslandes, was u. a. aus dem freien Steigen der norwegischen Krone hervorgeht.

Schweden.

In Schweden haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse schon während einiger Jahre bedeutend ruhiger entwickelt, was z. T. damit zusammenhängen mag, daß die Schweden-Krone, dank der Goldpolitik der Reichsbank, stets ihre Parität behielt. Von einer Deflation kann man also in Schweden, zum mindesten nicht in derselben Weise wie in den Nachbarländern Dänemark und Norwegen reden. Das schwedische Wirtschaftsleben hat hauptsächlich am Darniederliegen der industriellen Ausfuhr zu leiden gehabt. Die Verhältnisse fangen aber jetzt an, sich auch in dieser Beziehung zu bessern. Die „Industrialisierung“ Schwedens hat auch im Jahre 1925 bedeutende Fortschritte gemacht. Es ist interessant auf Grund einer eben erschienenen Statistik feststellen zu können, daß im schwedischen Erwerbsleben nunmehr fast 50 Prozent auf Handel und Industrie und nur 38 Prozent auf die Landwirtschaft entfallen, während im Jahre 1900 Handel und Industrie sich nur mit 20 Prozent auf die Landwirtschaft entfielen, während 80 Prozent am Gesamtvererbsleben des Landes betätigt! Die schwedischen Exportausfuhr weisen beim jetzigen Jahreswechsel ein recht günstiges Bild auf; insbesondere sind die leitenden Vektoren innerhalb der Holz-, der Papiermassen-, der Maschinen- und der Eisenerzproduktion voll berechtigt, vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken.

Uebrigens wurde auch die scheinbare Stille unerwarteter Weise durch die massenklirrende Patriarchatsfrage gestört. Hierin klangen allerdings wohl weniger die Glocken des alten byzantinischen Kirchenwesens in Fener als die Sovereigns, die in Anrechnung auf die enormen zukünftigen Gewinne aus dem Mosfuler Petroleum diskontiert wurden. Nur ein venglammer zielbewusster Ismet Pascha war einer solchen intriganten Situation gewachsen, und gut war es, daß er den Weg nach Angora zurückfand, von wo er faktisch analoge griechische Drohungen abwies.

Das war also schon „Mosul“, und „Mosul“ ging wie ein roter Faden über die zwölf Monate neuerlicher Geschichte. Bildete einen Knoten im auffälligen Gewand, der ein räudiges Geschwür über ganz Arabistan warde, und die und da in die Provinzen Ableger legte. Doch dieses Uebel wurde radikal ausgemerzt. „Mosul“ ging über Konferenzen und führte zu politischem Ansehen türkischer Führer und zeigte die Sicherheit der Angora-Regierung. In einem unwürdigen Komödientpiel, das den beteiligten Staaten nur viel Geld gekostet, hat es den utopischen Ideen des Völkerbundes, Recht und Gerechtigkeit, einen harten Schlag verjelt und der Türkei durch erlittenes Marliegendes Unrecht für immer ein ehernes Recht auf Mosul erteilt.

Das sind die großen politischen Begebenheiten des Jahres 1925.

Die einzelnen Posten der Bilanz sind größtenteils auch recht interessant. Da gibt es Seiten, wo England in der Ruhrfrage den Franzosen nicht gefügig sein und die Franzosen Angora gegen London auszuweichen wollen, wo Monsieur Frantim-Vouillon nach Angora reist, um eine Tripelallianz zwischen Frankreich, Italien und der Türkei zustande zu bringen. Aber auch die Downingstreet will manchmal um die Günt der anatolischen Republik buhlen, hofft auf ein Arrangement und sendet seinen Gesandten in besonderer Mission zu Ismet Pascha. Die Sowjetfreunde sehen aber nicht stillschweigend zu, wirken im Stillen, obgleich sie am 16. Mai das im Jahre 1922 mit der Türkei geschlossene „Freundschafts- und Brüderlichkeitsbündnis“ aufs geräuschvollste feierten.

Das ist aber vor allem der neue große Aktivposten in den Geschäftsbüchern des alten Osmanenreiches: Der Freundschaftsvertrag, den Herr Fethi Bey, der Sowjetkommissar für das Auswärtige, soeben am 17. Dezember mit dem türkischen Außenminister in Paris unterzeichnet hat. Damit hat die Türkei erneut ihrem starken und zielbewussten Willen Ausdruck gegeben, sich um keinen Preis aus der großen Politik — nicht nur in ihren unmittelbaren Lebensfragen — ausschalten zu lassen.

Ganz anders die Deutschen in der Türkei. Von einer politischen Tätigkeit in Kleinasien verpürt man gar nichts. Erst gegen Ende des Jahres ist man in Unterhandlungen zur Zeichnung eines Handelsvertrages getreten, der bis heute noch nicht zustande gekommen ist. Während aber die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sich im Laufe des Jahres nicht eingeleitet haben, hat sich das deutsche Volk selbst an die Arbeit gesetzt, in der Türkei einen Ehrenplatz zu erringen. Dies ist ihm gelungen, nicht politisch, das wäre vielleicht von nicht so großer Dauer, weil eher der Vergänglichkeit verfallen. Aber auf dem Gebiete, auf dem die Türkei selbst Unermessliches gezeugt hat: Im Bereiche der Wirtschaft, Zivilisation, Kultur. Was auf diesen Gebieten geleistet worden, läßt sich nicht mit Worten, nicht mit Bildern fassen; man muß es erlebt haben in der Türkei, mit den Türken. Nicht eine Jahresarbeit ist geschaffen worden. In einigen Stellen, dort im Dunstlicht der morgenländischen Provinzen hat man in wenigen Monaten fünfzehnhundertjährige Arbeit geleistet, im ganzen Lande jedenfalls viele Jahrzehnte durchfliegen.

Das ist das Verdienst vor allem Kemal Paschas. Er ist der Reiter des Landes im wahren Sinne des Wortes geworden. Er und Ismet Pascha haben in kurzer Zeit die Türkei, die vor einem Jahre noch ein orientalisches Land gewesen, wobei dem Worte „orientalisch“ neben dem geheimnisvollen, dieser aneignete verächtliche, vermindebeineidisch anhaftete, auf die Höhe eines vorwärtsstrebenden, wenn auch noch nicht ganz modernen Staates gebracht. Mit dem durch Geisteskraft abgeschafften Fetz haben sie allen alten Vorurteilen den Garau gemacht. Mit dem ostidentalischen Fut als Wahrzeichen modernen Geistes haben sie die Selbstachtung und Selbstherrlichkeit des bergigen Hinterlandes ausgerodet, die Vielweiberei in die alten Geschichtsbücher verjelen, die Zivile eingeführt, Volksschulen errichtet, das Justizwesen reformiert und den ewaltigen Schritt gewagt: Dem Lande ein dem Präsident, der Schweiz, entnommenes Bürgerliches Gesetz in einfacher, hier und dort abgefeilter Uebersetzung zu geben.

Dabei hat nie ein Staatsbankrott gedroht; die Finanzen haben niemals früher eine derartig sichere Stellung eingenommen, trotzdem und gerade weil die Tabakregie in Reinerungshänden liegt, desgleichen die Bandobahn. Und an allen Ecken und Enden baut man: Bahnen, Brücken, Tunneln, Fabriken. Und überall findet man deutsche Ingenieure, deutsche Unternehmer, die mit dem ehemaligen türkischen Kriegsgefährten Friedenswerke vollführen.

Möge Deutschland, trotz aller Rückschläge, die es gerade in der Türkei durch den Weltkrieg erlitten hat, auch hier unverzag und zielbewußt seine Arbeit fortsetzen, unterbrochene wieder aufnehmen, in der klaren Erkenntnis, daß sich seiner Politik, seiner Wirtschaft und Kultur nirgendwo so starke Zukunftsmöglichkeiten bieten, wie gerade hier in dem Lande, das, trotz aller Friedensverträge und Diktate seinen Lebenswillen zu bekunden und seine Lebensinteressen auf das tatkräftigste zu vertreten verstanden hat.

Nord-Amerika.

(Von unserem New Yorker Vertreter.)

Dr. W. G. New York, Mitte Dezember 1925.

Wie in der Inflationszeit der Dollar, so ist heute das Dollarland vielfach zum Wertmesser geworden. Wie oft sind nicht im vergangenen Jahre amerikanische Wirtschaftsmethoden zum Vorbild hingestellt worden. Deutsche Wissenschaftler, deutsche Industrielle und nicht zuletzt deutsche Politiker fahren über den Ozean, um die amerikanischen Verhältnisse zu studieren. Der deutsche Bürger liest wieder mit Interesse und Staunen die Schilderungen amerikanischer Redner und hat die Zeiten vergessen, wo er sich von Amerika nicht blühen lassen wollte und seine Ueberspannungen belächelte. Und ist nicht in der Tat ein Land beneidenswert, dessen Präsident in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß unumwunden sagen kann: „Die wirtschaftlich so ausgezeichnete Lage des Landes macht keine Änderungen in der Innenpolitik nötig.“

Seit über 1 1/2 Jahren liegt die amerikanische Politik in einer Art Winterschlaf. Außer den traditionellen Reibereien zwischen Kongreß und Präsident, welche den erforderlichen Stoff für die Wählblätter liefern, ereignete sich rein gar nichts. Der Privatmann hatte nur Sinn und Interesse für Profit und Geschäft und freute sich über den politischen Stillstand, der ihm als Stabilität erschien. Der Präsident selber erblickte die gesamten Probleme der Politik unter dem Gesichtspunkt der Steuerherabsetzung. Aber auch von hier aus kommt man an alle wesentlichen Probleme heran und auch ohne besondere Aktivität wägen die großen, internationalen Fragen auf der amerikanischen Seite ihrer Lösung entgegen. Von der Steuerherabsetzung aus gelangt man geraden Weges zur Frage der amerikanischen Staatsschuld, die 20 Milliarden Dollar beträgt, und von hier zur Frage der interalliierten Schulden.

Mit Italien ist am 14. November eine endgültige Schuldenregelung getroffen worden, wobei der Gegenwert der Schuld stark ermäßigt wurde. Die langwierigen Verhandlungen mit Frankreich, dem Hauptschuldner, sind dagegen noch nicht zum Abschluß gekommen. Doch erscheint auch hier die Fundierung gesichert.

Die Politik des Nichterportretens hat Amerika im Jahre 1925 eine Reihe von Vorteilen gebracht. So hat es z. B. in der chinesischen Auseinandersetzung eine günstige Stellung erlangt. Das Verhältnis zu Rußland hat sich in aller Stille seit dem Rücktritt des Staatssekretärs Hughes so außerordentlich gebessert, daß die beiden Länder in der fernöstlichen Politik sich beinahe die Hände reichen. Dabei ist auch eine Milderung des Einmünderungskonfliktes mit Japan seit Beginn des Jahres nicht zu verkennen. Mit den beiden großen Mächten der Anleihepolitik und des Verkehrs auf der interalliierten Schuldenzahlung hat Amerika im letzten Jahre mit Bewußtsein und Absicht den Druck ausgeübt, der nötig war, um Europa fester zusammen zu schließen.

Ein aktives Verhalten der amerikanischen Politik war gegenüber Deutschland ebenso wenig wie gegenüber den anderen Staaten festzustellen. Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag ist endlich ratifiziert worden. Die amerikanische Regierung stand den Verhandlungen der beiderseitigen Interessenten über den Ausgleich der Schadensersatzforderungen mit der Rückgabe des beschlagnahmten Privatigentums wohlwollend gegenüber. Sie erklärte auf ihren Anteil an den Dawes-Zahlungen und Erhaltung der Beschäftigungskosten zu verzichten zugunsten der amerikanischen Schadensersatzgläubiger und der deutschen Privatpersonen, deren Eigentum durch die Beschlagnahme verloren gegangen ist. Somit sind die Vereinigten Staaten das einzige Land, das die restlose Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Privatigentums in Aussicht gestellt hat. Wie leicht noch wichtiger als dies erscheint die wohlwollende Haltung der amerikanischen Regierung in der Anleihepolitik, die es Deutschland ermöglichte, seine Kapitalknappheit zu lindern.

In der Wirtschaft liegt das Ganze des amerikanischen Lebens und der amerikanischen Zukunft geschlossen, in der Wirtschaft liegt die Entscheidung und Lösung, die der Amerikaner bewußt zu machen sich sieht. Von hieraus springen den im blauen Meer geschäftlicher Zuversicht schwimmenden und allen Problemen aus dem Wege gehenden „Business-Man“ dunkle Sorgen und Fragen an. Gewiß zeigen alle

*) Eine ähnlich vernünftige Haltung hat die Südamerikanische Union eingenommen. (Schriftleitung.)

Industriezweige, sowohl Produktionsmittel wie Bedarfsgegenstände, einen günstigen Geschäftsgang und höhere Produktions- und Auftragsziffern als im Vorjahre. Diese Konjunktur steht sogar auf einer viel solideren Grundlage als 1923. Sie wurde nicht begleitet von einer Preissteigerung der Farmerprodukte. Im Gegenteil, die Farmer waren seit Jahren nicht mehr so kaufkräftig. Und doch erhalten von einsichtigen Leuten, Senatoren und Provinzbankiers, immer lautere Kassandrareise. Die Bautätigkeit übersteigt alle vom bisherigen Bedarf und der bisherigen Mietenhöhe vorgeschriebene Maße. Sie wird auf das Zwei- bis Dreifache der normalen Friedensbautätigkeit geschätzt. Sie erreichte in 26 Staaten im Jahre 1925 rund 900 Millionen Quadratzuß gegen 705 Millionen im Vorjahre. Ihr Wert betrug über 6500 Millionen Dollar gegen 4470 Millionen im Vorjahre. Diese enorme Bautätigkeit bedeutet nichts anderes als einen Umbau und eine Neuanlage der Städte, die vielleicht nötig geworden ist, seitdem fast jede amerikanische Familie Automobilbesitzer ist, bei der aber die Frage, ob sich eine solche Anlage jemals bezahlt machen wird, ganz ungelöst ist. Eine weitere Frage, die man sich nicht vorlegt, ist: Was soll aus der Rekordproduktion der Automobilmotoren werden? Im Jahre 1925 wird man wieder über 3 1/2 Millionen Automobile hergestellt haben gegen 3 Millionen im Vorjahre. Noch ist es in diesem Jahre gelungen, sie unterzubringen, indem man neue Typen geschlossener Wagen zu herabgesetzten Preisen herausbrachte und durch günstige Teilzahlungsbedingungen die Besitzer offener Wagen veranlaßte, diese zum alten Eisen zu werfen. Wird sich die gleiche Operation im nächsten Jahre wiederholen lassen? Was soll mit den übrigen Industrien werden, die gleichermäßen ihre vergrößerte Produktion auf Kredit und Abzahlung verkauft haben? In allem kommt noch hinzu, daß die verbesserte Lage der Farmer nur die Folge einer reichlichen Ernte von 1924 war und bei der schlechten Weizenernte von 1925, die im Gegensatz zum Vorjahre mit einer guten Ernte auf der übrigen Welt zusammenfällt, die Agrarfrage wieder brennend wird.

Zwar ist nicht zu befürchten, daß aus Mangel an Kapital das Kreditwesen zusammenbricht. Aber die wilde Verschleuderung von Menschenkräften und Naturgaben rächt sich durch die Zerstörung des Weltmarktes. Kapital ist eher zuviel als zu wenig vorhanden. Kein Wunder, wenn der jährliche Kapitalzuwachs allein durch Zins- und Dividendenzahlungen 4000 Millionen Dollar und durch Lebensversicherungsprämien 1800 Millionen Dollar beträgt. Die Emissionen sind 20-30 Prozent höher als im Vorjahre und bald dreimal so hoch als in der Vorkriegszeit. Und trotzdem sind noch gewaltige, unläßtliche Kapitalmassen frei, die jeden Augenblick irgendeinen Markt in spekulative Bewegungen versetzen. So ist der durchschnittliche Kurs der Industriepapiere von 105 Prozent im Frühjahr 1924 auf 170 Prozent im Herbst 1925 gestiegen. So hat sich in Florida eine beispiellose Terrainspekulation entfaltet.

Ungeheure Kräfte sind hier entfesselt und am Werke. Mit Bangen sieht der unvoreingenommene Beurteiler zu, ob es gelingt, sie zu bändigen und zum Nutzen der gesamten Weltwirtschaft zu verwenden. Viele versöhnungsvolle Ansätze hat das Jahr 1925 auf der politischen Seite gebracht, insbesondere hat es allseitig den guten Willen offenbart, aber ebenso viel Fragen hat es auch für die Zukunft offen gelassen.

Der Ferne Osten.

(Von unserem ostasiatischen Mitarbeiter.)

Wir haben angedeutet die wachsende Bedeutung, die die Entwicklung der militärpolitischen Verhältnisse im fernem Osten nimmt, hier dieser beherzigen Frage den Vorrang gegeben. Man erkennt un schwer, wie die dortigen Vorgänge, beeinflusst durch die Ausstrahlungen der kontinentalen und Staaten, einer Entscheidung entgegenrücken.

Im ganzen britischen Reich bis weit in die Dominions liegt seit einem Jahr in allen öffentlichen Bibliotheken, beim Zahnarzt, beim Friseur, in den Wartezimmern, in den Besatzmännern der großen Docks und Schiffe eine kleine Flugchrift auf, mit dem Titel „Der Krieg der Zukunft in der chinesischen See.“ Sie schildert in dramatischer Weise das Ende der englischen Ostasienflotte in einem Krieg zwischen Amerika und England einerseits und Japan, bei dem Versuch, die Insel Guam bis zum Eintreffen der amerikanischen Flotte bei den Philippinen

zu halten. Der britische Marineminister, ein pazifistischer Politiker kleineren Formats, und der Befehlshaber der Ostasienflotte, unterhalten sich auf dem untergangeweichten Flaggenschiff über die Ursachen des Krieges. Der Admiral beweist, wie nur infolge der Fehler der britischen Politiker und Diplomaten teure englische Kreuzer und todesmutige Besatzungen nutzlos zugrunde gehen, weil diese die Schaffung von Flottenstützpunkten in Ostasien versäumt und in der Konferenz von Washington ebenso darauf verzichtet haben, wie auf die Modernisierung der Flotte.

In Wirklichkeit ist die Gefahr für die englische Machtstellung in Ostasien heute schon einigermäßen abgewehrt. Der gesunde politische Instinkt der englischen Volksvertretung hat vor einiger Zeit den Ausbau von Singapur zu einem Flottenstützpunkt ersten Ranges auf Vorschlag der Regierung genehmigt, und damit die englische Stellung im Pazifik erheblich gestärkt, gleichzeitig Japan den Weg nach Indien versperrt. Bezeichnend für die englische Auffassung der Lage in ostasiatischen Fragen ist die Antwort, die ein Regierungsvertreter auf eine Interpellation über die Dringlichkeit des Ausbaues von Singapur gab:

„Die Regierung ist nicht nur für die britischen Inseln, sondern auch draußen für die Tochterstaaten in jedem Teile der Welt, nicht zum wenigsten im Fernen Osten, verantwortlich. Hinsichtlich des neuen Flottenstützpunktes denkt die Regierung an die Zukunft. Wie freundlich man auch gegenüber dem Nachbar in jenen Gegenden stehen möge, es ist un denbar, wenn die Regierung als die Hüterin der Reichssicherheit daraus den Schluss ziehen wolle, daß wir dauernd mit jedermann auf freundschaftlichem Fuße stehen würden.“

Nicht weniger interessant ist die Erwiderung, die der japanische Außenminister auf diese Worte erteilte:

„Japan hat sich mit England über Singapur nicht verhandelt. Der Plan läßt sich durch das Erfolgen des englisch-japanischen Bündnisses rechtfertigen. Er widerstreitet in vielen Beziehungen dem Geist des Washingtoner Vertrages. Aber das ist eine innere Angelegenheit Englands. Japan hat daher nichts zu sagen. In den englisch-japanischen Beziehungen ist nichts, was einen derartig weitreichenden Plan nötig macht.“

Diese beiden Äußerungen beleuchten grell die Situation im Fernen Osten. Die Washingtoner Konferenz hat bis zum Jahre 1922 den Weltstand an Großkampfschiffen für England, Amerika und Japan festgelegt im Verhältnis 5:5:3. Da die ganzen Probleme des Pazifik in erster Linie durch den naturnotwendigen, niemals zu unterdrückenden Ausdehnungsdrang Japans entstehen, ist es selbstverständlich, daß diejenige Macht, die wertvollen, aus der Ferne schwer zu beschaffenden Besitz in Ostasien haben, nämlich England, Amerika und Holland zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen sich zusammengefunden haben. Gehen diese drei Mächte zusammen, scheint die Ueberlegenheit ihrer Flotten so ungeheuer gegenüber der Japanischen, daß ein Zweifel an ihrem Sieg überhaupt nicht entstehen kann. Nun liegt aber die Stärke einer Seemacht in ihren großen Schlachtschiffen, die einen beschränkten Aktionsradius besitzen und Stützpunkte brauchen, auf die sie sich auch bei geringer Beschädigung zurückziehen können. Zurzeit befindet sich der nächste Flottenstützpunkt für Großkampfschiffe auf Malta, also 10 000 Seemeilen von Hongkong entfernt. Der nächste amerikanische Flottenstützpunkt Pearl Harbor liegt 3300 Seemeilen ab von den Philippinen. Der Vorrat eines Schiffes reicht für 3000 Seemeilen aus. Es ist ebenso unmöglich eine Flotte, deren Vorräte zum größten Teil erschöpft sind, für eine Operation einzusetzen, wie angefallen des Festlandes sie mit Del aus den begleitenden Schiffen zu versorgen. Daher hat England im fernem Osten nur 10 000-Tonnen-Kreuzer mit 20-Zentimeter-Geschützen stehen, die natürlich gegenüber den japanischen Schlachtschiffen mit 32-Zentimeter-Geschützen und Minenschiffen mit 42-Zentimeter-Kalibern machtlos sind. Der japanische Kriegshafen Yokosuka ist nur 1300 Meilen von Guam entfernt, das ja der Schlüssel zum westlichen Teil des Stillen Ozeans ist und die Philippinen völlig beherrscht. Zahlreiche Stützpunkte in den japanischen Kolonien sind noch näher an die amerikanischen Besitzungen herangezogen, so liegt Formosa nur 500 Seemeilen nördlich der Philippinen. Japans Stellung im fernem Osten ist also durch eine natürliche Lage mächtig begünstigt. Es hat sich aber auch schon lange

darauf eingestellt, daß für die äußerste Verteidigung seiner Interessen nur ein Seekrieg unter riefigen Entfernungen in Betracht kommen wird. Seine Seestreitkräfte vereinigen mit größter Schnelligkeit einen außerordentlich großen Aktionsradius, während zum Beispiel die Mehrzahl der englischen leichten Kreuzer, für die Nordsee bestimmt und im Krieg erbaut, für einen Kampf im fernem Osten natürlich weniger geeignet sind. Durch das neuerliche Zusammengehen mit Rußland hat Japan auch auf dem asiatischen Festlande eine neue Kampfbasis erhalten, die die Bedeutung Hongkongs für England erheblich vermindert. Im Kriegsfalle wird Hongkongs Los nicht besser sein als das von Pekingtan.

Obwohl die Konferenz von Washington die Neuanlage von Befestigungen in einer gewissen Zone im Pazifik unterlagert hat, sind die Aufgaben der beteiligten Mächte für „Ueberholung“ der Befestigungen gewaltig. Das amerikanische Marineabteilament will bis 1927 nicht weniger als 155 Millionen Dollars für Befestigungen aufwerfen. Japan hat noch bevor Abschluss des Washingtoner Abkommens im Jahre 1921 in Tag und Nacht durchlaufender Arbeit die Bonininseln verstärkt und ausgebaut und gibt auch heute beträchtliche Summen für derartige Zwecke aus. Selbst Holland hat nahezu 800 Millionen Mark bis 1928 für Befestigungen seiner indischen Kolonien in den Haushalt eingelegt. Eine enge Zusammenarbeit mit der englischen Flotte wird sich für Holland im Falle von Verwundungen im Fernen Osten naturgemäß ergeben, da Japan der gemeinsame Feind ist. Japan hat ohne Zweifel die besten Aussichten, im Falle eines Krieges zunächst Alleinvertreter im Fernen Osten zu werden. Auch wenn die amerikanische Flotte sofort mit Kriegsbeginn auslaufen würde, käme sie erst fünf Tage später als die japanische vor Guam an, dessen Vorräte sie in japanischem Besitz oder zerstört vorfinden würde. Sie wäre ohne Del verloren. Daher bleibt für Amerika keine andere Möglichkeit als langsam mit einem stetigen Aufwand von Transport- und Vorratsschiffen nach Westen vorzudringen und dabei alle kleinen Inseln als Zwischenstützpunkte einzurichten. Mindestens ein halbes Jahr müßten sie die Japaner im unbefestigten Besitz von Guam und der Philippinen lassen, eine Zeit, die genügen würde, um auf diesen beiden Inseln eine japanische Festung allerersten Ranges zu machen. Dies zu verhindern ist eine wichtige Sorge der englischen und amerikanischen Marinefachverständlichen und Politiker. Ein Blick auf eine Vorkriegskarte von Amerika zeigt, daß die Masse der amerikanischen Befestigungen bis Kriegsende an der Ostküste lag. Jetzt wird nur noch auf der pazifischen Front gebaut. Die Westküste und die ihr vorgelagerten Inseln werden als Operationsbasis hergerichtet. Auf Hawaii steht schon im Frieden eine ganze aktive Division, also der letzte Teil des stehenden Heeres; nichts kann besser diesen Schwerpunkt kennzeichnen, der bei Operationen in Ostasien die rückwärtigen Verbindungen der Flotte um ein Drittel verkürzt.

Weber Japan noch England und Amerika sind heute gewillt, in einer neuen Abrüstungskonferenz ihre Macht, die zur Lösung der Disprobleme vorerst nicht ausreicht, weiter zu schwächen. Die Sperrzone, deren eigentlicher Zweck doch der Schutz der eigenen Riffen und Befestigungen vor fremden Angriffen sein sollte, verhindert nicht den Bau eines neuen Befestigungsgürtels am Rand der Zone. Wenn sich die verträglichsten Mächte den gegenwärtigen Weltstand im Ernst garantiert hätten, woher dann fieberhafter Neubau und dauernde Ueberholung von Befestigungen? Neuerdings sollen die Engländer auf Ceylon den Bau einer weiteren großen Koflen- und Delstation planen. Nach englischer und amerikanischer Ansicht ist das „Gleichgewicht der Mächte im Pazifik“ keineswegs hergestellt und man muß dieser Ansicht beitreten. Japan ist nun „auf Jahre hinaus im Fernen Osten die stärkste Macht, die durch den japanischen Ausdehnungsdrang bedrohten fernstehenden Mächte vorerst nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen haben.“

Die Bilder in der Neujahtsbeilage weisen auf die Länder hin, mit denen Deutschlands Geschick und Hoffnungen auf das Engste verknüpft sind. In dem Schweizer Roman grühen wir das Sinnbild des tapferen Schweizer Volkes, auf dessen Boden sich die Vorverhandlungen des Sicherheitspaktes abspielten, in London wurde der Vertrag von Locarno zum rechtskräftigen — hoffentlich Bülter und Staaten verbindenden Dokument, der Stephausdom in Wien ist ein Wahrzeichen für eine das gesamte Deutschland umfassende Zukunft.

Deutschlands Eintretung.

Als vor kurzem aus Anlaß des Todes der Königin Alexandra von England die Nachrufe für die verschiedene Fürstin durch die Weltpresse ertten, da wurde in Verbindung mit diesen Gedankenartikeln auch des Mannes Erwähnung getan, mit dem sie einen guten Teil ihres Lebens gemeinsam durchschritten, an dessen Seite sie die Ehren einer Königin von England und Kaiserin von Indien, aber auch die Leiden einer oftmals um ihr Gehilck betrogenen Frau zu durchkosten gehabt hatte: Eduard VII. Wohl kein Name hat in dem Gang der politisch-geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte des alten Europa, wie es bis zum Weltkrieg bestand, eine so ausschlaggebende Rolle gespielt, keine Persönlichkeit so vielseitig und geschickt immer wieder in die Fäden der europäischen Politik einzugreifen verstanden, wie Englands fienberter Eduard, den man mit Recht einen gekrönten Geschäftstreibenden allerersten Ranges genannt hat.

Man hat, trotz der vielseitigen und umfassenden politischen Tätigkeit Eduards VII., bisher nur verhältnismäßig wenig von diesem Manne gewußt, der in Deutschland mit Recht nur als einer unserer erbittertesten Feinde und als der Vater des Eintretungsgebührens, der Entente cordiale galt. Auf Veranlassung König Georgs V., hat nun der englische Hofphotograph, Sir Sidney Lee, eine große Biographie über

Eduard VII. geschrieben. Lee schildert diesen Mann in einer menschlich wie politisch gleich charakteristischen Weise, der man indes bei allem den beamteten Hofbiographen anmerkt. Immerhin werden auch durch seine Feder die hervorzuhebenden Züge Eduards VII. gezeichnet: Jene schon erwähnte hohe Begabung für die Politik und sein geradezu fanatischer Haß gegen alles, was mit Preußen und Deutschland zusammenhing. Dieser Haß fand seine Nahrung bereits in jungen Jahren unter der Hand eines „doktrinären, Schulmeisterlichen“, strengen, auf Pflichtreue und Pflächterfüllung abhebenden Vaters deutschen Butes, durch den Reich, die Eitelkeit und eigene Erfolgsglück, die durch die rühmreichen, oft nahe verwandten Fürstengestalten des aufstrebenden Preußen-Deutschland geschäftelt wurden, und schließlich durch die Heirat mit jener soeben verstorbenen dänischen Prinzessin, die das Jahr 1864 ihres Vaterlandes nicht verwinden konnte.

So arbeitet denn der intrigante Jüngling schon 1866 hinter dem Rücken seiner Mutter auf ein englisch-französisches Bündnis gegen Preußen hin und verhält sich durch sein Verhalten in den gewitterdrohenden Tagen des Jahres 1875 die europäische Lage, als er mit dem französischen Präsidenten Mac Mahon unmittelbar in Verbindung trat.

So zeigt uns Sir Sidney Lee in seinem Eduard VII. eine neue, uns zum Teil ganz unbekanntes Gestalt. Lee selbst ist aber von

dem Haß gegen alles Deutsche so stark befeelt, daß seine Darstellung häufig an Entstellungen leidet. Trotzdem ist sein ausgeprochen gegen Deutschland eingestelltes Buch von höchster Bedeutung, besonders da es mit häufigen Zitaten aus Briefen des von ihm im Worte festgehaltenen durchzogen ist.

Im Gegensatz zu Lee hat nun der bedeutende englische Historiker J. A. Farrer die Lebensarbeit Eduards VII. in seinem Buch „Die europäische Politik unter Eduard VII.“ (Verl. Brockmann, München) geschildert. Während die bisherigen Aufzeichnungen Lees mit der Kronprinzenzeit Eduards abschließen, setzt Farrer mit dem Regierungsantritt im Jahre 1901 ein, und schon der Titel seines Buches sagt uns, was wir zu erwarten haben. (Professor Karo hat dem Werk eine ausgezeichnete Einleitung gegeben.) Hat dort oft der Haß die Feder geführt, ist es hier im höchsten Maße anquernehmende Sachlichkeit und Unparteilichkeit. Deshalb wird das Buch gerade im Hinblick auf die so wichtige Frage der Kriegsschuld besondere Beachtung finden müssen. Farrer sucht die Politik Eduards VII. aus ihren Früchten zu erkennen, nicht nach ihren verborgenen Beweggründen zu richten. Er arbeitet dabei mit dem bis zum Jahre 1922 allgemein zugänglichen Material und hat neben der großen politischen Literatur vor allem auch die Zeitungen herangezogen, weil er gerade in der Auswertung der Tagespresse ein wichtiges Mittel sieht, die geistige Atmosphäre jener Zeit zu verstehen und

zu schildern. Schiemanns Wochenauflage in der „Kreuz-Zeitung“ wie die Reden des Fürsten Bülow spielen hier eine besondere Rolle. Stets vornehm und frei von jeder persönlichen Einstellung läßt Farrer die Politik Eduards VII. an unserem Auge vorbeiziehen, jene Politik, die die Welt heute unter dem Begriff der „Eintretungspolitik“ Eduards VII.“ zu verstehen gewohnt ist. Burenkrieg und Königsreisen, Marokkoreise und Algierreise, Entente und Eintretung, das alles sehen wir sich entwickeln, die Schwächen des Kaisers, die Fehler seiner Regierungen werden — rückblickend — aufgeführt, immer aber auch die tiefen Schwierigkeiten nachgewiesen, mit denen die deutschen Staatsmänner durch die Lage Deutschlands zu kämpfen hatten, und immer wird ihre und des Kaisers ausgezeichnete Friedensliebe betont.

Farrer hat denn auch die seit 1904 in England immer härter einsetzende deutschfeindliche Bewegung in der gebührenden Weise gezeichnet und nachgewiesen, daß alle die Flotten- und Invasionspaniken der damaligen Zeit, was auch Aquitt, Fißber und Churchill bekämpft haben, lediglich Propagandamittel in dem großen Augenfeldzug der Entente waren. Es bleibt das Verdienst Farrers, klar und unabweislich nachgewiesen zu haben, daß die Politik Eduards VII. ihrem inneren Wesen nach eine Kriegspolitik war, weil das Streben dieses Mannes, zwei Mächtegruppen in tödlicher Feindseligkeit gegenüberzustellen, den Krieg zeugen mußte.